



Monsheim/Kriegsheim

SPD

Monsheim, 20. März 2018

Stellungnahme der SPD zum beabsichtigten Kreiselsbau am Gewerbegebiet/ Anschlussstelle B47

Zu dem durch den Landesbetrieb Mobilität (LBM) angestrebten Planfeststellungsverfahren zum Kreiselsbau am Gewerbegebiet / Anschlussstelle B47, nimmt die SPD wie folgt Stellung:

Grundsätzlich sehen wir mit Blick auf das steigende Verkehrsaufkommen und die sich häufenden Unfallzahlen an den Einmündungen zum Gewerbegebiet sowie in Richtung B47 Worms Handlungsbedarf zur Entschärfung der Verkehrssituation. Die im LBM-Bericht vom November 2017 aufgeführten Unfallzahlen bestätigen die dringende Notwendigkeit.

Jedoch lehnt die SPD die vom LBM vorgelegte Planung eines „Riesenkreisels“, die den Wegfall der beiden bestehenden Einmündungen zugunsten eines überdimensionierten fünfstufigen Kreisverkehrs vorsieht, ab.

Gründe:

1. Verkehrsbündelung

Wie der LBM in seinem Bericht selbst berechnet, liegt das Verkehrsaufkommen bereits heute bei über 37.000 Verkehrsbewegungen am Tag (rd. 13.000 PKW in Richtung Monsheim, rd. 7.500 in Richtung Bockenheim, rd. 9.000 in Richtung Worms, rd. 7.500 in Richtung Gewerbegebiet und rd. 65 in Richtung Wirtschaftsweg Hofgut Holz). Dabei wird mit einem noch steigenden Aufkommen gerechnet. Ob die Situation durch die Bündelung des gesamten Verkehrs an einen einzigen Kreisverkehr tatsächlich entlastet wird, darf zumindest bezweifelt werden. Gerade zu den Stoßzeiten im Berufs- und Feierabendverkehr erscheint die errechnete Wartezeit von rund 11,7 Sekunden ambitioniert.

2. Unnötiger Flächenverbrauch

Die Planung sieht einen aus unserer Sicht unangemessen hohen und vermeidbaren Flächenverbrauch vor. So müssten in den Randbereichen des geplanten Bauwerks zahlreiche landwirtschaftlich genutzte Flächen entnommen und bewirtschaftete Weingärten durchschnitten werden. Mit Blick auf das übergeordnete politische Ziel eines möglichst geringen Flächenverbrauchs, erscheint der vorgelegte Entwurf nicht nachvollziehbar. Durch eine angemessene Planung könnte der Flächenverbrauch zumindest auf ein vertretbares Maß reduziert werden. Weiter soll die aus Richtung Worms kommende, neu zu errichtende Straße, mitten durch ein Altlastengebiet führen. Mit Blick auf etwaige „Überraschungen“ im Untergrund und daraus ggf. resultierenden und derzeit nicht absehbaren Kostensteigerungen, erscheint die Planung auch vor diesem Hintergrund nicht ausreichend abgewogen.

3. Hohe Kosten

Leider liegt der Planung keine detaillierte Kostenschätzung bei. Mit Blick auf die enorme Größe des geplanten Bauwerks, dem notwendigen Ankauf von Flächen sowie dem vorgesehenen Bau neuer Straßenabschnitte, dürfte nach unserer vorsichtigen Schätzung jedoch mit Kosten von deutlich über einer Million Euro zu rechnen sein. Es stellt sich die Frage, weshalb nach mehrjähriger Planung noch nicht einmal eine Kostenschätzung erstellt werden konnte.

Generell lässt die LBM-Planung eine ernsthafte Auseinandersetzung mit alternativen Varianten vermissen. Der von der Gemeinde mehrfach vorgetragene Vorschlag, anstelle eines riesigen Kreisels zwei kleinere Kreisverkehre an beiden Einmündungsbereichen vorzusehen, taucht in der LBM-Planung leider nicht auf.

Die Monsheimer Landtagsabgeordnete Kathrin Anklam-Trapp steht derzeit in Gesprächen mit Verkehrsminister Dr. Wissing. Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung die Bedenken aufgreift und die Maßnahme einer erneuten Prüfung unterzieht.

gez.

Kevin Zakostelny

Vorsitzender SPD-Ortsverein Monsheim

Vorsitzender SPD-Fraktion im Ortsgemeinderat